

## „Bund und Länder im Streit: Wer zahlt die nächste Digitalisierungsrunde?“

Bundbildungsministerin stellt Bedingungen an Länder für Digitalpakt 2.0; fordert hälftige Finanzierung und Planungssicherheit.

Die digitale Zukunft der Schulen in Deutschland steht auf der Kippe. In einem aktuellen Konflikt zwischen Bund und Ländern fordert die Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, die Länder dazu auf, sich finanziell an der Umsetzung des Digitalpakts 2.0 zu beteiligen. Diese neue Phase der digitalen Bildung wird entscheidend darüber bestimmen, wie gut Schüler auf die Anforderungen der modernen Arbeitswelt vorbereitet werden können.

### Finanzierung und digitale Herausforderungen

Bettina Stark-Watzinger hat in einem Schreiben an die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Christine Streichert-Clivot, darauf hingewiesen, dass eine gleichmäßige Kostenaufteilung zwischen Bund und Ländern notwendig sei. Der Bund will in Zukunft maximal 50 Prozent der Kosten für digitale Bildungsmittel tragen, was einen Schnitt zu den 90 Prozent darstellt, die bisher bereitgestellt wurden. Die Länder sind nun gefordert, konkrete Zusagen über ihre finanziellen Beiträge zu machen, um eine transparente Planung zu ermöglichen.

### Notwendigkeit der digitalen Bildung

Die Digitalisierungsstrategie im Bildungsbereich soll nicht nur

Schulen mit moderner Technologie ausstatten. Es ist gleichwohl wichtig, dass Lehrkräfte entsprechend geschult werden, sodass sie die neue Technik effektiv im Unterricht einsetzen können. Dies wird als essenziell erachtet, um die volle Bandbreite der digitalen Möglichkeiten auszuschöpfen, die unseren Schülern zugutekommen soll.

## **Ein Rückblick auf den ersten Digitalpakt**

Der erste Digitalpakt, der im Mai 2023 beendet wurde, stellte eine bedeutende Finanzspritze von 6,5 Milliarden Euro dar. Die bereitgestellten Mittel infrastruktureller Art—wie etwa für Laptops und digitale Tafeln—hatten jedoch eine vielschichtige Wirkung. Während die Anschaffungen einen technologischen Fortschritt darstellten, zeigt sich nun, dass ohne eine Fortsetzung dieser finanziellen Unterstützung die Digitalisierung in den Schulen stagnieren könnte. Angesichts dieser Situation ist die rasche Fortführung des Digitalpakts 2.0 für Bildungspolitiker von drängender Bedeutung.

## **Politischer Druck und Reaktionen**

Die Bundesbildungsministerin hat die Situation reinterpretiert: Anstelle von Antworten des Bundes fordern die Länder nun konkrete Zusagen. Dies könnte in der Bildungspolitik als bedeutsame Wendung betrachtet werden, da Länder sich zunehmend in der Pflicht sehen, aktiv zur Lösung der finanziellen Herausforderungen beizutragen. Die einberufene Sondersitzung der KMK könnte einen zusätzlichen Druck erzeugen, der letztlich den Weg für künftige Verhandlungen ebnet.

## **Fazit: Die Bedeutung für die Zukunft der Bildung**

Die aktuellen Entwicklungen im Rahmen des Digitalpakts 2.0 haben das Potenzial, die Bildungslandschaft Deutschlands

nachhaltig zu verändern. Die Fähigkeit, digitale Kompetenz in Schulen zu fördern, ist nicht nur für die Schüler wichtig, sondern auch entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Gesellschaft. Deshalb ist es unerlässlich, dass Bund und Länder zeitnah zu einer Einigung kommen, um die digitale Transformation in der Bildung nicht nur zu beginnen, sondern auch nachhaltig und erfolgreich zu gestalten.

- **NAG**

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**